

Jahresbericht 2024

Register zur Erfassung extrem rechter
und diskriminierender Vorfälle in
Charlottenburg-Wilmersdorf

Inhalt

- 03.....Was wird vom Register erfasst und warum?
- 06.....Charlottenburg-Wilmersdorf im Jahr 2024
- 08.....Propaganda: häufigste Vorfalart trotz Rückgang
- 09.....Veranstaltungen und Veranstaltungsorte –
Anstieg antisemitischer Veranstaltungen
- 11.....Rassistische Attacken auf Höchststand
- 13.....Von transfeindlich zu umfassend LGBTIQ*-feindlich:
Verbale Anfeindungen nehmen zu
- 14.....Herausforderungen der Erfassung: Obdachlosenfeindlichkeit
und Behindertenfeindlichkeit bleiben untererfasst
- 15.....Eine erstarkende Zivilgesellschaft –
Gemeinsam gegen den fortschreitenden Rechtsruck
- 16.....Die ELTERN GEGEN RECHTS stellen sich vor
- 17.....Die Rolle der AfD im Bezirk
- 18.....Im Westen nichts Neues: „Neue Rechte“ vollzieht
Tabubruch in den Köpfen
- 20.....Angriffschronik
- 22.....Anlaufstellen

Impressum

Register Charlottenburg-
Wilmersdorf
SJ – Die Falken Berlin
Schloßstraße 19
14059 Berlin

www.falken-berlin.de
[www.berliner-register.de/charlotten-
burg-wilmersdorf](http://www.berliner-register.de/charlotten-
burg-wilmersdorf)

Layout: Michael Mallé
Auflage: 1. Auflage, April 2025

Erscheinungsort: Berlin
Druck: pinguindruck.de

Abbildungen auf Seite 8 & 9 dienen der
staatsbürgerlichen Aufklärung sowie der
Berichterstattung über Vorgänge des
Zeitgeschehens.

Gefördert durch das Landesprogramm
„Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen
Rechtsextremismus, Rassismus und Anti-
semitismus“ der Senatsverwaltung für Ar-
beit, Soziales, Gleichstellung, Integration,
Vielfalt und Antidiskriminierung.



Die SJ – Die Falken LV Berlin sind Trägerin des Projekts.



Was erfasst das Register und warum?

Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf dokumentiert extrem rechte und diskriminierende Vorfälle. Es ist Teil der Berliner Register, einem Netzwerk unabhängiger, zivilgesellschaftlicher Melderegister. Ziel ist es, Diskriminierung und Ausgrenzung im Berliner Alltag öffentlich zu machen und dagegen vorzugehen. Jede Person kann diese Vorfälle melden, egal ob als Betroffene*r oder Augenzeug*in. Dabei steht immer die Perspektive der Betroffenen im Mittelpunkt. Diese werden leider häufig nicht ernst genommen, geleugnet oder sie finden keine Beachtung in der Öffentlichkeit. Denn diese wird leider häufig nicht ernst genommen, geleugnet oder sie findet keine Beachtung in der Öffentlichkeit. Deshalb ist es so bedeutend, sichtbar zu machen, welche Formen von Ausgrenzung Menschen in Berlin alltäglich erleben.

Ziel des Registers ist es, Lebensrealitäten in Charlottenburg-Wilmersdorf sichtbar zu machen und extrem rechte Aktivitäten im Bezirk öffentlich zu erfassen. Um gegen Ausgrenzung und Diskriminierung vorzugehen, muss man sie als Problem erkennen und beschreiben, wo sie stattfinden und gegen wen sie gerichtet sind. Deshalb sammelt das Register die Vorfälle und veröffentlicht sie anonymisiert in einer Chronik auf der Website:

<https://berliner-register.de>



Wie melde ich einen Vorfall?

Du kannst uns diskriminierende und extrem rechte Vorfälle melden via

E-Mail: cw@berliner-register.de
Telefon/Messenger: 01789185896

Instagram/BlueSky/Mastodon: @RegisterCW

Meldeformular der Berliner Register:
www.berliner-register.de/vorfall-melden

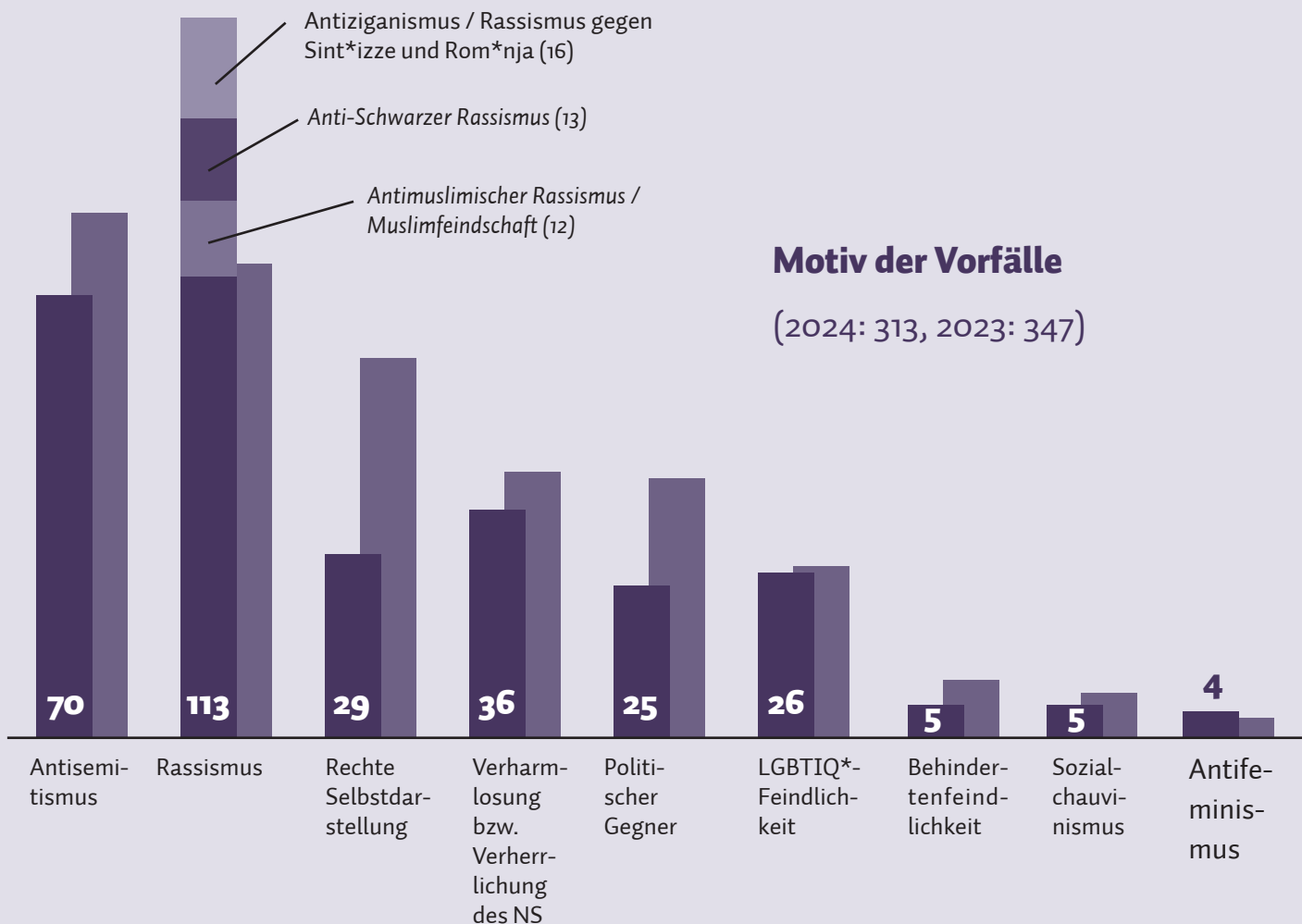
Wenn du dir nicht sicher bist, ob wir deinen Vorfall aufnehmen, schick ihn uns gern trotzdem.

Rassismus, Antisemitismus, extrem rechter Aktivismus - was das Register aufnimmt

Das Register erfasst neben lokalen Aktivitäten der extremen Rechten in Charlottenburg-Wilmersdorf auch **diskriminierende Vorfälle** im Bezirk, die sich **gegen Minderheiten unserer Gesellschaft** richten. Diese gehen nicht gezwungenermaßen von extrem rechten Akteur*innen aus. Dazu zählen Vorfälle aus den Kategorien **Rassismus** (unterteilt in antimuslimischen, anti-Schwarzen, antiziganistischen Rassismus), **Antisemitismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit, Feindschaft gegen Obdachlose** (Sozialchauvinismus) und **Feindschaft gegen Menschen mit Behinderung**.

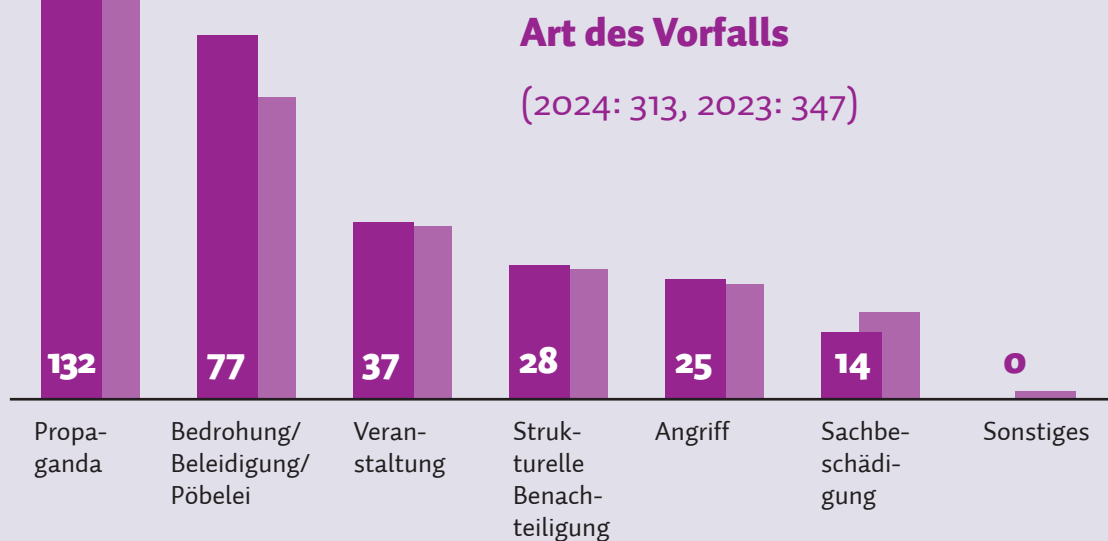
Diese Einstellungen sind in erster Linie Bestandteil einer extrem rechten Ideologie, treten aber **darüber hinaus auch im Alltagsdenken** auf. Betroffene machen aufgrund der weiten Verbreitung dieser Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft alltäglich diskriminierende Erfahrungen. Diese reichen von abwertenden Kommentaren auf der Straße über erschwerte Bedingungen bei der Wohnungssuche aufgrund von Vorurteilen der Vermieter*innen bis hin zum verwehrten Zugang zu existenzsichernden Leistungen durch eine diskriminierende Behörde. Es tun sich dabei Barrieren auf, die **Lebensbedingungen und Möglichkeiten der Betroffenen maßgeblich beeinträchtigen**. Wie weitgehend die Konsequenzen sind, ist für nicht-betroffene Menschen nur selten sichtbar oder kaum nachvollziehbar. Egal wie unbedeutend und alltäglich manche diskriminierenden Vorfälle auf Nicht-Betroffene wirken mögen, sie schaffen in ihrer Wiederholung ein umfassendes Gefühl der Unsicherheit und Ausgrenzung bei davon Betroffenen. Um auch solche Erfahrungen durch die Chronik sichtbar zu machen, werden diese alltäglichen und strukturellen Formen der Diskriminierung dokumentiert. Zugleich spiegeln die erfassten Daten zur Verbreitung von Diskriminierung auch das Wirken der extremen Rechten, deren politische Diskursverschiebung eine zunehmende Normalisierung diskriminierender Denkmuster und Vorfälle im Alltag vorantreibt.

Um den Phänomenbereich der **extremen Rechten** auch über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hinaus zu erfassen, werden ebenfalls Vorfälle dokumentiert, die eine **Verharmlosung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus** beinhalten oder ein **antifeministisches Motiv** haben. Außerdem beinhaltet die Chronik Vorfälle, die sich direkt **gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten** richten, wie beispielsweise Antifaschist*innen oder Politiker*innen demokratischer Parteien. Unter dem Titel **„Rechte Selbstdarstellung“** werden Vorfälle erfasst, die eindeutig der extremen Rechten zuzuordnen sind, aber nur dem Selbstzweck dienen, deren Organisationslogo oder Internetseite zu bewerben. Vorfälle der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ werden pauschal erfasst. Flugblätter oder Aufkleber der vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall beobachteten AfD werden bisher nicht pauschal aufgenommen, sondern einzeln auf ihren Inhalt geprüft und nur dann aufgenommen, wenn sie einer der anderen inhaltlichen Kategorien zuzuordnen sind.



Was für Vorfälle das Register erfasst

Die Berliner Register dokumentieren verschiedene Arten von Vorfällen, wenn sie einem der genannten Motive zugeordnet werden können. Diese Vorfälle sind: Bedrohung, Beleidigung und Pöbeleien, körperliche Angriffe und Brandstiftungen, Diskriminierung durch Behörden und Institutionen (strukturelle Benachteiligung), Aufkleber, Flugblätter und Sprühereien auf der Straße (Propaganda), Veranstaltungen und Sachbeschädigungen.



Charlottenburg-Wilmersdorf im Jahr 2024

Insgesamt wurden 313 Vorfälle dokumentiert, die zweithöchste erfasste Zahl seit Beginn der Dokumentation im Jahr 2013. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtzahl an Vorfällen zwar gesunken, bleibt allerdings **verglichen mit den Jahren zuvor auf hohem Niveau**.

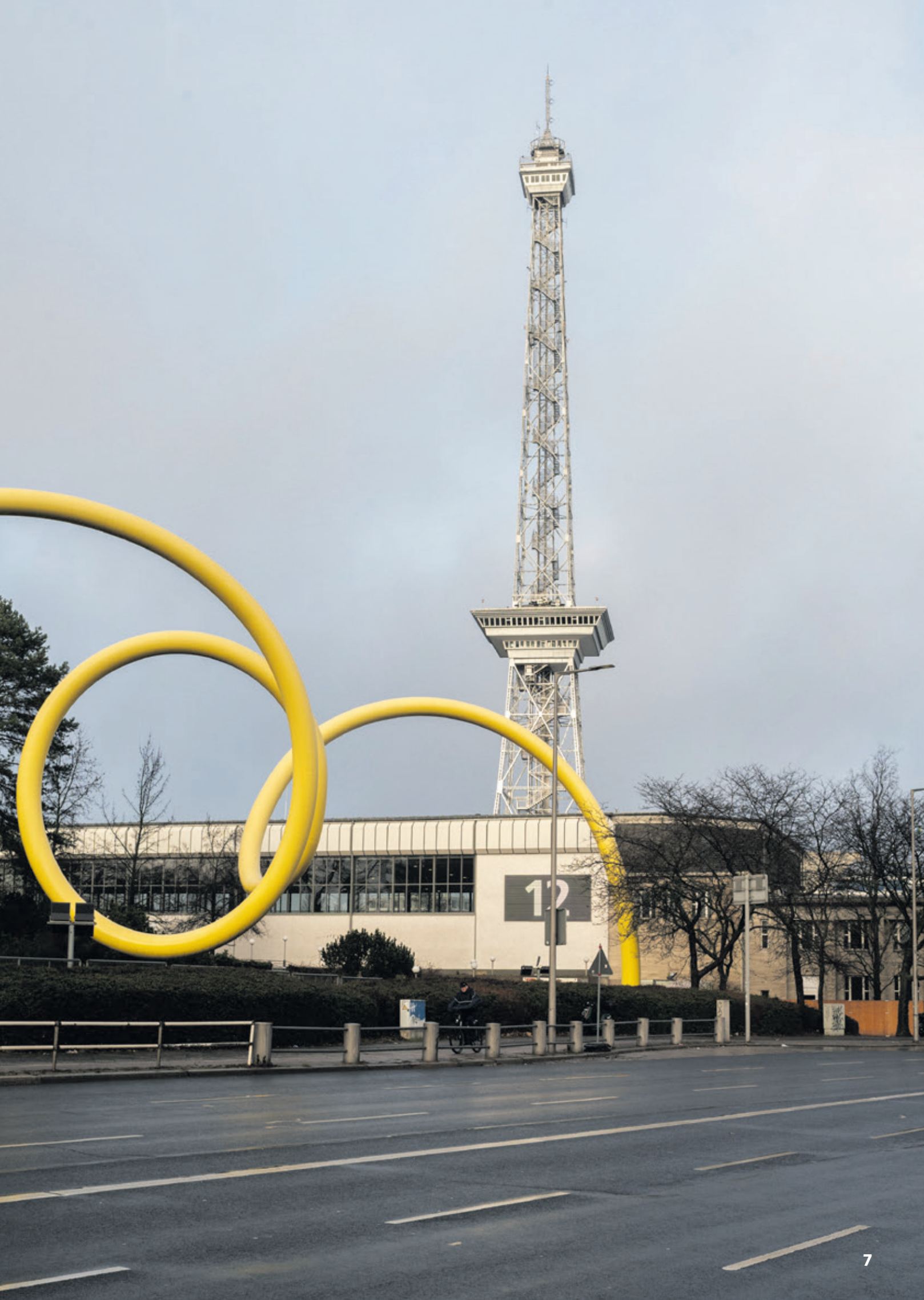
Die Zahl von Angriffen im Bezirk war gleichbleibend hoch. Bedrohungen und Beleidigungen haben insbesondere im Feld des Rassismus und der LGBTIQ*-Feindlichkeit zugenommen. Generell sticht **Rassismus als häufigstes Motiv** hervor und macht über ein Drittel der Gesamtvorfälle aus. Dieser deutliche Anstieg des Motivs Rassismus von 75 (2023) auf 113 Vorfälle erreicht fast das Hoch des Jahres 2021 mit 122 Vorfällen, als rassistische Aufkleber einer extrem rechten Jugendgruppe massenhaft verklebt wurden. Hier übertragen sich rassistische Debatten um Migration auf die Straßen. **Antisemitismus folgt mit anhaltend hohen Fallzahlen auf Rang zwei**. Grund dafür sind nach dem 7. Oktober 2023 zunehmende antisemitische Veranstaltungen im Bezirk.

Unverändert hoch war auch die Zahl der dokumentierten Veranstaltungen der extremen Rechten und solcher mit diskriminierenden Inhalten. Im Fokus standen hier weiterhin **Akteur*innen der sogenannten Neuen Rechten**, für welche **Charlottenburg-Wilmersdorf schon länger ein bundesweiter Hotspot ist**. Gerade in der „Bibliothek des Konservatismus“ in Charlottenburg fanden regelmäßig Vorträge und Lesungen mit diskriminierenden Inhalten statt.

Der Grund für die gesunkene Gesamtzahl im Jahr 2024 im Vergleich zum Höchststand von 2023 findet sich vor allem in der **geringeren Zahl an festgestellter Propaganda im Bezirk**. Gerade rechte Selbstdarstellung und Propaganda gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten haben abgenommen. Das hängt mit einer veränderten Melder*innenstruktur zusammenhängen, und mit einer geringeren Präsenz einzelner extrem rechter Gruppen im Bezirk.

Wie auch in den Jahren zuvor fanden die meisten der gemeldeten Vorfälle im belebten und infrastrukturstarken **Ortsteil Charlottenburg** statt (2024: 192, 2023: 220). Darauf folgt Wilmersdorf mit zurückgegangenen Zahlen (2024: 33, 2023: 53) und Westend (2024: 25, 2023: 23). Schwerpunktregionen für Vorfälle lassen sich zudem rund um größere und überbezirklich besuchte **Veranstaltungsorte erkennen wie das Olympiastadion in Westend zur Fußball-EM 2024**. Vor allem in ruhigen Ortsteilen, die wie Grunewald von Villenkolonien, Naherholungsgebieten und Einfamilienhäusern, oder wie Schmargendorf von einer Vorstadtatmosphäre geprägt sind, werden seit Jahren wenige Vorfälle dokumentiert. In diesen Stadtteilen gibt es weniger Vereine und Nachbarschaftszentren, eine geringere Bevölkerungsdichte und weniger Begegnungen im Alltag. Es bleibt weiterhin Ziel des Registers, Netzwerke in diesen Ortsteilen zu erschließen und Melder*innen in der Nachbarschaft zu gewinnen.

Wichtig ist es festzustellen, dass das Register in allen Kategorien nur einen kleinen Ausschnitt der tatsächlich stattfindenden Diskriminierung abbilden kann. Viele Vorfälle werden nicht gemeldet oder werden nicht öffentlich, und daher ist von einem **hohen Dunkelfeld** auszugehen.



Propaganda: häufigste Vorfallart trotz Rückgang

Extrem rechte Propaganda war wie in den Vorjahren die häufigste gemeldete Vorfallart. Darunter fallen Aufkleber und Schmierereien, aber auch Plakate oder Flyer mit extrem rechten und diskriminierenden Inhalten. Nach einem Höchststand 2023 (178 Vorfälle) ging die Zahl solcher Propaganda-Vorfälle 2024 um ein Viertel auf 132 zurück. Antisemitische Aufkleber und Schmierereien blieben trotz eines Rückgangs um 25 % (2024: 32, 2023: 42) besonders präsent. Ein Grund für den allgemeinen Rückgang ist der Rückgang direkter Meldungen an das Register. Zudem blieben Meldungen einer zivilgesellschaftlichen Initiative, die vier Jahre lang regelmäßig Vorfälle meldete, in 2024 nahezu aus. Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf wünscht eine Wiederaufnahme dieser Kooperation oder neue Netzwerke zu erschließen, um diskriminierende und extrem rechte Inhalte im Bezirk besser erfassen zu können.

Die Eigenwerbung extrem rechter Gruppierungen sank deutlich (2024: 17, 2023: 29). Beispielsweise war die verschwörungsideologische Gruppe „Studenten stehen auf“ 2024 im Bezirk inaktiv, ebenso gingen berlinweit ihre Aktivitäten mit dem Ende der Debatten um die Corona-Pandemie zurück. Auch Meldungen zur neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ nahmen ab, wobei der Bezirk nie ein Schwerpunkt der Partei-Aktivitäten war. In den Ostberliner Bezirken zielen sie inzwischen auf eine Dominanz des öffentlichen Raums.



Sticker eines extrem rechten Versandhandels



Antisemitische Schmiererei



Aufkleber der AfD

Gleichzeitig stieg die Zahl rassistischer Aufkleber und Schmierereien um 80 % (2024: 27, 2023: 15). Besonders Geflüchtete waren Ziel der Hetze, etwa durch massenhafte Sticker der extrem rechten Gruppe „Patriotische Jugend“ entlang des Kurfürstendamms im Dezember, die dort regelmäßig zu dieser Zeit zu finden sind und ein Hoch in 2021 hatten. Der Anstieg spiegelt die gesellschaftliche Verschärfung der Asyl- und Migrationsdebatte wider. Auch wenn viele dieser Inhalte nicht strafbar sind, schaffen sie ein Klima der Angst unter Betroffenen – besonders, wenn sie zu extremer Gewalt oder Mord aufrufen, wie es 2024 vereinzelt dokumentiert wurde.

Veranstaltungen und Veranstaltungsorte

Mit 37 dokumentierten Veranstaltungen blieb Charlottenburg-Wilmersdorf 2024 auf dem Niveau der Vorjahre (2023: 36) und weist nach Tempelhof-Schöneberg und Mitte die **dritthöchste Veranstaltungsdichte Berlins** auf. Besonders im Ortsteil Charlottenburg, dem historischen Zentrum West-Berlins, finden seit Jahren zahlreiche Kundgebungen, vor allem entlang des Kurfürstendamms, statt. Selbst der Grunewald wurde 2024 von der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ für eine Wanderung genutzt, auf der antifeministische Inhalte verbreitet wurden.

Größere Veranstaltungsorte wie das Olympiastadion, das Messegelände und die Waldbühne werden ebenfalls immer wieder Schauplätze extrem



Antisemitische Schmiererei



NS-verherrlichender Aufkleber

rechter Vorfälle. So kam es bei einem Konzert in der Waldbühne zu mehreren „Sieg heil“-Rufen. Besonders alarmierend waren die Vorfälle rund um die Fußball-Europameisterschaft (EM). Das Register hat **17 Vorfälle im Kontext der EM aufgenommen**. So zeigten beispielsweise Fans der österreichischen Nationalmannschaft am Bahnhof Zoologischer Garten den Hitlergruß und sangen Nazilieder. Auch Anhänger*innen der türkischen Nationalmannschaft verbreiteten faschistische Symbole, indem sie den sog. Wolfsgruß und Flaggen der „Grauen Wölfe“ präsentierten, sowohl auf dem Breitscheidplatz als auch im Olympiastadion.

Rassistische Veranstaltungen nahmen 2024 deutlich zu (2024: 11, 2023: 4), insbesondere in der „Bibliothek des Konservatismus“ und an AfD-Infoständen, wobei dort in der Parteipublikation Narrative verbreitet wurden, die das Register als migrationsfeindlich und rassistisch einordnet. Während extrem rechte Eigenwerbung generell leicht zurückging (2024: 5, 2023: 8), setzte „Der III. Weg“ weiterhin auf einzelne –Flyer-Verteilungen. Zudem fanden die verschwörungsideologischen Montagsdemonstrationen in der Wilmersdorfer Straße weiterhin statt, wobei es zur Verharmlosung des Nationalsozialismus kam, allerdings nur noch selten (2024: 2, 2023: 6).

Kontinuierlicher Anstieg antisemitischer Veranstaltungen

Seit dem antisemitischen Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 ist die Zahl antisemitischer Veranstaltungen im Bezirk kontinuierlich gestiegen. 2024 wurden 14 antisemitische Demonstrationen registriert (2023: 8, 2022: 3), jeweils mit Bezug zum Nahostkonflikt. In mehreren Fällen wurden israel-bezogene antisemitische Parolen, wie „Kindermörder Israel!“ gerufen. Diese Behauptung zielt darauf ab, Feindseligkeit und Vorurteile gegenüber Juden*Jüdinnen zu schüren, indem sie an den Jahrhunderte alten Mythos anknüpft, wonach Juden*Jüdinnen absichtlich Kinder töten würden.

Charlottenburg-Wilmersdorf wies in den vergangenen Jahren im Berliner Vergleich **durchgehend eine hohe Zahl antisemitischer Vorfälle** auf. 2023 war Antisemitismus erstmals das am häufigsten dokumentierte Motiv im Bezirk. 2024 ging Antisemitismus um 34% zurück und liegt nun an zweiter Stelle, auch wenn die Gesamtzahl antisemitischer Vorfälle mit 70 das Niveau der Jahre vor 2023 massiv übersteigt. Mit der erneuten Eskalation im Nahost-Konflikt seit Oktober 2023 verzeichnen die Berliner Register einen Anstieg antisemitischer Vorfälle. Solche Ereignisse beeinflussen das Ausmaß antisemitischer Vorfälle und die Situation von Jüdinnen*Juden in Berlin.

Die Zahl antisemitischer Angriffe (2024: 5, 2023: 4), Bedrohungen und Beleidigungen (2024: 11, 2023: 15) blieb konstant. In Charlottenburg gibt es ein **lebendiges jüdisches Leben** mit vielen Synagogen und Einrichtungen. Ihre Mitglieder werden immer wieder zur **Zielscheibe antisemitischer Anfeindungen**, sei es auf offener Straße nach dem Gottesdienst, in Verkehrsmitteln oder Gaststätten. Während Sachbeschädigungen (2024: 8, 2023: 14) und Propagandavorfälle (2024: 31, 2023: 42) leicht zurückgingen, ist die antisemitische Stimmung aufgrund der gestiegenen Veranstaltungszahl bedrohlich. Drei der fünf antisemitischen Angriffe wurden auf Gegendemonstrant*innen und Journalist*innen aus propalästinensischen Demonstrationen heraus verübt.



Die Zunahme antisemitischer Veranstaltungen zeigt, dass bei der Verbreitung antisemitischer Narrative gezielt auf Mobilisierung gesetzt wird. Dies hat Einfluss darauf, wie sich Jüdinnen*Juden im Bezirk bewegen können und wohlfühlen, vor allem, wenn aus diesen Veranstaltungen heraus direkte Gewalt für solidarische Menschen, Beobachter*innen und Jüdinnen*Juden droht.

Rassistische Attacken auf Höchststand

Mit über einem Drittel aller Fälle war Rassismus 2024 das häufigste dokumentierte Motiv. Die Zahl der Vorfälle stieg im Vergleich zu 2023 um mehr als die Hälfte (2024: 113, 2023: 75). Besonders alarmierend ist der **Anstieg rassistischer Angriffe** (2024: 14, 2023: 10) und **Bedrohungen** (2024: 37, 2023: 28). 44 % der 114 rassistischen Vorfälle waren solche verbalen oder körperlichen Attacken.

Es kam zu Beleidigungen, Bedrohungen und physischen Angriffen; insbesondere in Bussen, Bahnen und Bahnhöfen wurden Menschen geschubst, getreten, ins Gesicht geschlagen, mit Flaschen beworfen oder bespuckt. Betroffen waren selbst Kinder und Jugendliche: In einer Schule in Charlottenburg-Wilmersdorf wurde ein Schwarzer Schüler von einer Lehrkraft geschlagen und von der Schulleitung kriminalisiert. Nur in einem der Fälle ist bekannt, dass andere Anwesende Zivilcourage zeigten und die Betroffenen unterstützten. 2023 gab es noch sechs solcher Fälle von Zivilcourage. Die geringere Bereitschaft, Betroffene bei Angriffen zu unterstützen, ist eine gefährliche Entwicklung. Denn die psychischen Folgen für die Betroffenen von Angriffen werden maßgeblich davon beeinflusst, wie und ob das Umfeld reagiert. Schaut es weg und lässt Betroffene alleine, erhöht sich die anschließende Belastung. Andersherum

verdeutlicht dies, wie wichtig es ist, einzugreifen und Betroffenen solidarisch zur Seite zu stehen oder Hilfe zu holen.

Mit insgesamt 25 dokumentierten Angriffen bleibt das Level der körperlichen Gewalt relativ konstant. Neben 14 rassistischen Angriffen wurden zwei LGB-TIQ*- feindliche, fünf antisemitische und drei sozialchauvinistische Übergriffe erfasst. In einem weiteren Fall wurden zum Angriff nationalsozialistische Parolen gerufen und der Hitlergruß gezeigt.

Rassistische Stimmungsmache online und auf der Straße

Der neue Höchststand rassistischer, verbaler und körperlicher Attacken lässt sich durch einen aufgeheizten, rassistischen Diskurs erklären. Dieser zeigte sich etwa in der **Debatte um zwei Geflüchtetenunterkünfte im Bezirk**. Online und offline wurde gegen deren Eröffnung Stellung bezogen und dabei auch rassistische Stereotype verbreitet. Auf dem Nachbarschaftsportal „nebenan.de“ wurden Bewohner*innen einer Unterkunft auf der Mierendorff-Insel als Bedrohung für den Stadtteil dargestellt und mit pauschalen, abwertenden Kommentaren diffamiert.

Auch auf X (ehemals Twitter) kam es nach propalästinensischen und/ oder antisemitischen Demonstrationen im Bezirk zu massiver rassistischer Hetze. Immer wieder wurde behauptet, Antisemitismus sei „importiert“ – eine rassistische Erzählung, die eine tief verwurzelte antisemitische Ideologie in Deutschland und Europa ausblendet, die sich in anderen Vorfällen zeigte. Antisemitismus kann nicht mit Rassismus bekämpft werden, daher dokumentiert das Register antisemitische Vorfälle unabhängig davon, von wem sie ausgingen.

Diese **Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Diskriminierungsformen** zeigte sich auch bei diesen Vorfällen: Eine antirassistische Kundgebung vor der Hauptbibliothek der TU Berlin enthielt antisemitische Inhalte. Bei der Gegen demonstration wurde ein Journalist of Color, trotz Presseausweis gezielt von der Polizei an der Berichterstattung gehindert, während weiße Journalist*innen ungehindert passieren durften. Das Register versucht, diese komplexen und teils widersprüchlich erscheinenden Dynamiken abzubilden, auch wenn Betroffene und Täter*innen mal auf der einen, mal auf der anderen Seite stehen. Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf ermöglicht somit ein vollständiges Bild von dem, was Betroffene aller erfassten Ausgrenzungen im Bezirk erleben.

Das Register erfasste viele dieser rassistischen Online-Beiträge nicht, weil sie keinen lokalen Bezug zum Bezirk hatten oder selbst im Internet wenig beachtet wurden. Sie **prägen jedoch maßgeblich das ausgrenzende gesellschaftliche Klima**, in dem Täter*innen keine Konsequenzen fürchten und sich zu ihren Taten ermutigt sehen. Die gezielte Verbreitung rassistischer Inhalte beschränkte sich nicht auf Online-Plattformen, sondern zeigte sich im öffentlichen Raum und in Institutionen des Bezirks: Die AfD propagierte über ihre Parteipublikation an Infoständen Narrative, die nach der Einschätzung des Registers in rassistischer Weise Migration mit Kriminalität verknüpften. In der „Bibliothek des Konservatismus“ fanden Vorträge statt, die das Register einer migrationsfeindlichen Zielrichtung zuordnete. Auch **popkulturelle Phänomene** spiegelten diese rassistische Stimmung wider: Der Song „L’amour toujours“

von Gigi D'Agostino wurde im Sommer 2024 in extrem rechten Kreisen zum Erkennungszeichen rassistischer Parolen. Die extrem rechte „Junge Alternative Brandenburg“ spielte ihn in der Linie U7 ab Adenauerplatz und zeigte dabei den Fahrgästen Schilder mit einer verbotenen SA-Parole.

Der Anstieg rassistischer Vorfälle im Bezirk ist Ausdruck eines zunehmend polarisierten und rassistischen gesellschaftlichen Klimas, das sich in verschiedenen Bereichen, von öffentlichen Debatten über Institutionen bis hin zu kulturellen Phänomenen widerspiegelt. Die Vielzahl an rassistischen Angriffen und Bedrohungen sowie die begleitende Hetze in den Sozialen Medien und auf der Straße sollten ein **Alarmsignal für Verantwortliche und Zivilgesellschaft** in Charlottenburg-Wilmersdorf sein.

Von transfeindlich zu umfassend LGBTIQ*-feindlich: Verbale Anfeindungen nehmen zu

2024 wurden 77 Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien registriert, ein erneuter Höchststand nach 2023 (64). Antisemitische Drohungen sowie Bedrohungen gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten blieben auf ähnlichem Niveau. Zudem wurde sechsmal der Hitlergruß und fünfmal der Wolfsgruß, ein Symbol türkischer Faschisten, gezeigt – eine direkte Bedrohung für die von dieser Ideologien Betroffenen. Besonders auffällig war der Anstieg rassistischer (2024: 37, 2023: 28) und LGBTIQ*- feindlicher verbaler Anfeindungen (2024: 12, 2023: 5).

Seit 2021 verzeichnen die Berliner Register einen **Anstieg LGBTIQ*-feindlicher Vorfälle**. Auch in Charlottenburg-Wilmersdorf blieb die Zahl **in 2024 auf hohem Niveau**, wobei insbesondere die mündlichen Anfeindungen zunahmen (2024: 26, 2023: 27). 2023 richteten sich viele der Vorfälle gezielt gegen trans Personen, während 2024 verbale Anfeindungen verstärkt alle Gruppen innerhalb der LGBTIQ*- Community betrafen. So wurden queere Menschen im Alltag beleidigt, etwa ein schwules Paar im Restaurant oder als lesbisch wahrgenommene Frauen und trans Frauen auf der Straße. Diese Vorfälle zeigen, dass verbale Angriffe nicht nur zunehmen, sondern sich zunehmend von einzelnen Gruppen auf die gesamte queere Community ausweiten. Verschiedene Sticker sowie Veranstaltungen in der „Bibliothek des Konservatismus“ verbreiteten entsprechende Narrative, in denen queeren Lebensweisen als angebliche Bedrohung für die Familien dargestellt wurden und so zu einem feindseligen Klima beitrugen.

Die Zahl dokumentierter **queerfeindlicher Angriffe ging zwar zurück** (2024: 2, 2023: 6), was jedoch **keine Entwarnung** darstellt. Die geplante Brutalität einzelner Taten zeigt das Gegenteil. In Charlottenburg-Nord wurde ein 57-jähriger Mann Opfer eines homofeindlichen Hinterhalts: Über eine Datingplattform in die Falle gelockt, wurde er vom U-Bahnhof Jungfernheide zu einem dunklen Weg geführt und dort von vier Tätern brutal zusammen-

geschlagen, getreten, ausgeraubt und gewürgt. Schließlich warfen sie ihn in den Landwehrkanal, aus dem er sich mit letzter Kraft retten konnte. Vorfälle wie dieser zeigen: LGBTIQ*- feindliche Anfeindungen müssen im Bezirk weiterhin als ernste Gefahr wahrgenommen werden.

Herausforderungen der Erfassung: Obdachlosenfeindlichkeit und Behindertenfeindlichkeit bleiben untererfasst

Nur wenige Vorfälle erfasste das Register zu den Themen Behindertenfeindlichkeit und Obdachlosenfeindlichkeit. Im Jahr 2024 wurden in Charlottenburg-Wilmersdorf fünf Fälle von Behindertenfeindlichkeit und ebenso viele obdachlosenfeindliche Vorfälle registriert. Besonders betroffen waren Menschen mit Behinderungen durch strukturelle Benachteiligung sowie obdachlose Menschen durch Angriffe und Sachbeschädigungen. Besonders besorgniserregend bei den Angriffen gegen Obdachlose ist, dass sich zwei der erfassten Angriffe gegen schlafende Personen richteten. Dies verdeutlicht die besondere Schutzlosigkeit obdachloser Menschen im öffentlichen Raum und die gezielte Gewalt, der sie ausgesetzt sind.

Diese Zahlen zeigen jedoch nur einen sehr kleinen Ausschnitt der Realität, da



viele Betroffene Vorfälle weder dem Register noch der Polizei melden. Eine Senatsantwort an das Abgeordnetenhaus deutet daraufhin, dass die Gewalt gegen obdachlose Menschen berlinweit hoch ist und Charlottenburg-Wilmersdorf demnach zu den besonders betroffenen Bezirken gehört. Es ist also von einem großen Dunkelfeld auszugehen, da viele Angriffe gegen obdachlose Menschen unentdeckt oder durch fehlenden Kontakt zu den Betroffenen die Hintergründe des Vorfalls unklar bleiben. Um diese Gewalt und die Diskriminierung der beiden Betroffenenengruppen sichtbarer zu machen, bleibt die Zusammenarbeit mit lokalen Hilfsorganisationen und der direkte Kontakt zu Betroffenen unerlässlich.

Eine erstarkende Zivilgesellschaft – Gemeinsam gegen den fortschreitenden Rechtsruck

Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf konnte in diesem Jahr eine wachsende und engagierte Zivilgesellschaft im Bezirk beobachten. Immer mehr Menschen treten aktiv für Demokratie, Vielfalt, den Abbau von Diskriminierungen und Solidarität mit Betroffenen ein, ein ermutigendes Zeichen in herausfordernden Zeiten.

Der Auslöser für das verstärkte Engagement war die **Correctiv-Recherche**, die Anfang 2024 aufdeckte, dass führende rechte bis extrem rechte Akteur*innen, darunter AfD-Mitglieder, Unternehmer und Vertreter der „Neuen Rechten“ bei einem Treffen in Potsdam über eine sogenannte „Remigration“ berieten. Dieses Konzept steht in extrem rechten Kreisen für die massenhafte Vertreibung von Migrant*innen und als „nicht-deutsch“ definierten Menschen. Die Enthüllungen führten zu massiven Protesten im gesamten Bundesgebiet und waren erstmals wieder vielen Menschen Anlass, sich aktiv gegen den anhaltenden Rechtsruck zu engagieren.

Besonders erfreulich ist in diesem Zusammenhang die **Gründung der Initiative ELTERN GEGEN RECHTS**, die mit familienfreundlichen Kundgebungen klare Zeichen gegen extrem rechte Tendenzen setzt. Das Register Charlottenburg Wilmersdorf begrüßt ihr Engagement. Sie stellen sich in diesem Jahresbericht vor. Auch die Stadtteilgruppe der **OMAS GEGEN RECHTS hat erheblichen Zulauf** erfahren. Die OMAS GEGEN RECHTS sind mittlerweile eine der größten antifaschistischen Bewegungen der letzten Jahre und zeigen eindrucksvoll, wie breite gesellschaftliche Bündnisse dem Rechtsruck entgegen-treten können. Zudem setzten sich Studierende in Charlottenburg verstärkt gegen extrem rechte Ideologien ein: Die Initiative **STUDIS GEGEN RECHTS organisierte eine Kundgebung** gegen eine Veranstaltung in der „Bibliothek des Konservatismus“, die das Register seit Jahren kritisch begleitet und die bisher häufig unter dem Radar der kritischen Zivilgesellschaft flog.

Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf bedankt sich bei allen demokratischen und diskriminierungskritischen Initiativen, Projekten, Vereinen, Parteien sowie engagierten Einzelpersonen für deren unermüdliches Wirken. Ihr Einsatz stärkt den gemeinsamen Kampf gegen Ungleichwertigkeit und gibt Hoffnung für eine offene und solidarische Gesellschaft, die Charlottenburg-Wilmersdorf zu einem Ort der Vielfalt macht.

Die ELTERN GEGEN RECHTS stellen sich vor

Nach den Correctiv-Recherchen im Januar 2024 erlebte Deutschland eine Protestwelle, an der viele von uns teilnahmen. Dabei wurde deutlich: Familien werden bei Demonstrationen oft nicht mitgedacht, politische Teilhabe ist für Eltern schwierig. Doch ihre Sichtbarkeit ist essenziell – für die Demokratie, die Zukunft unserer Kinder und den Kampf gegen Rechts. Familien sind durch den Rechtsruck direkt bedroht und auf den Schutz der Gesellschaft angewiesen, unsere Kinder werden in einer ungewissen Zukunft leben, für die wir Erwachsenen bereits jetzt Verantwortung tragen.

Inspiziert von den OMAS GEGEN RECHTS gründeten wir im März 2024 die ELTERN GEGEN RECHTS – aus dem Bedürfnis, der eigenen Ohnmacht etwas entgegenzusetzen, andere Eltern zu ermutigen und Familien mit Kindern eine Stimme zu geben. Unser Ziel: überparteilich, kreativ und solidarisch gegen den Rechtsruck aktiv zu sein.

Im Mai organisierten wir unsere erste Familienkundgebung in Berlin-Wilmersdorf mit kindgerechten Reden, Musik, gemeinsamen Interaktionen, viel bunter Straßenkreide und einem Spielbereich mit Bobby-Cars und Hula-Hoop-Reifen. Es folgten weitere Aktionen: Im Juni gestalteten wir zur Europawahl einen Familienbereich bei der Großdemo gegen Rechtsextremismus an der Siegessäule, im

September veranstalteten wir wieder eine lokale Familienkundgebung im Kiez und demonstrierten im November gemeinsam mit vielen Familien unter dem Motto „Licht an! Für Demokratie“ mit bunten Laternen, Schildern und Musik durch den Volkspark Wilmersdorf.

Parallel dazu starteten wir unseren Online-Appell „Für unsere Kinder: Schützen Sie unsere Demokratie – jetzt!“ auf einer Kampagnenplattform, den mittlerweile über 90.000 Menschen unterschrieben haben. Aktivismus hat viele Gesichter – entscheidend ist, dass wir gemeinsam laut werden für die Zukunft unserer Kinder und den Erhalt unserer Demokratie. „Alle zusammen gegen den Faschismus“ sind keine leeren Worte. Es ist zu einer Notwendigkeit geworden. Wir müssen uns gegenseitig unterstützen, vernetzen und gemeinsam kreativ werden, sodass alle Menschen sich aktiv beteiligen können und für ein demokratisches Miteinander eintreten können. Der große Zulauf aus ganz Deutschland zeigt uns: Viele Eltern wollen sich engagieren und für eine lebenswerte Zukunft für alle eintreten. Das gibt Kraft, Hoffnung und Energie – und macht trotz aller Herausforderungen sogar der ganzen Familie Spaß!

Kontakt:

Mail: info@eltern-gegen-rechts-berlin.de

Instagram: [@eltern_gegen_rechts](https://www.instagram.com/eltern_gegen_rechts)



Die Rolle der AfD im Bezirk

Trotz des bürgerlichen Images des Bezirks tritt die AfD hier keineswegs gemäßigt auf. Während sie sich öffentlich als demokratische Kraft inszeniert, zeigen die dokumentierten Vorfälle im Bezirk, von rassistischen Äußerungen bis hin zur gezielten Einschüchterung politischer Gegner*innen, das Gegenteil.

Eine **besondere Rolle** spielte dabei 2024 die **Jugendorganisation der Partei**, die Junge Alternative (JA). Sie wurde als Struktur im April 2025 aufgelöst. Sie war inhaltlich radikaler als die Mutterpartei, verwendete den in der „Neuen Rechten“ verbreiteten Begriff „Remigration“ schon länger als die AfD. Dort hat der Begriff erst im Januar 2025 Einzug ins Wahlprogramm gehalten. Das Wort dient rechten bis extrem rechten Gruppierungen und Parteien als Euphemismus für die Vertreibung eines großen Teils der deutschen Bevölkerung anhand rassistischer Kriterien. Trotz großer bundesweiter Proteste gegen die menschenfeindliche und rassistische Politik, die mit dem Begriff gemeint ist, verwendete die AfD Charlottenburg-Wilmersdorf im April 2024 in einer Anfrage in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) den Begriff „Remigration“. Zwar argumentiert die AfD inzwischen, dass sie unter dem Begriff etwas Anderes verstehe und diese Forderung mit demokratischen Werten vereinbar wäre, doch ändert dies nichts an dessen Verbreitung in extrem rechtem Diskursen. Vielmehr trägt die Verwendung des Begriffs zur Normalisierung der dahinterstehenden Ideologie bei.

Aber auch jenseits dieses Begriffs waren die **AfD-Forderungen in der BVV stark migrationsfeindlich** geprägt. Vier Anträge aus der BVV wurden als rassistisch bewertet, so wurden beispielsweise antisemitische Vorfälle instrumentalisiert, um sich gegen Migration auszusprechen. Unter zwei als LGBTIQ*-feindlich bewerteten Vorfällen in der BVV wurde der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen zum Anlass genommen, um Vorurteile gegen trans Frauen zu verbreiten. Dieser Fokus spiegelte sich auch in den anderen dokumentierten Vorfällen: 13 von 18 Vorfällen mit AfD-Bezug wurden als rassistisch eingeordnet, gefolgt von drei als LGBTIQ*-feindlich eingestuft.

Eine **Nähe zur „Neuen Rechten“** wird an einer Person und ihrem Verhalten im Bezirk deutlich: Ein ehemaliger JA-Vorsitzender Berlins ist zugleich AfD-Bezirksverordneter. Er störte u. a. eine Informationsveranstaltung zur „Neuen Rechten“ des Registers, woraufhin diese aus Sicherheitsgründen abgebrochen werden musste. Anschließend rief er zur Schaffung neuer Orte für die „Neue Rechte“ auf und verbreitete den Namen einer Veranstalterin online – ein Einschüchterungsversuch, der Organisationen davon abhalten soll, die „Neue Rechte“ im Bezirk zu kritisieren.

Neben der mittlerweile aufgelösten Jungen Alternative und der AfD existieren im Bezirk noch andere Akteur*innen der sogenannten Neuen Rechten, wie die „Bibliothek des Konservatismus“ oder der Sitz der Zeitung „Junge Freiheit“, die seit Jahrzehnten zur Ideologiebildung in der extremen Rechten beitragen.

Im Westen nichts Neues: „Neue Rechte“ vollzieht Tabubruch in den Köpfen

Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein wichtiger Knotenpunkt der „Neuen Rechten“. Hier vernetzen sich ihre Akteur*innen, organisieren Veranstaltungen und versuchen gezielt Einfluss auf gesellschaftliche Debatten zu nehmen.

Vernetzung beim Sprachrohr der „Neuen Rechten“

Zentrale Orte der „Neuen Rechten“ liegen im Bezirk und besitzen bundesweit Bedeutung für die Vernetzung und Ideologiebildung der „Neuen Rechten“. So hat die Zeitung „Junge Freiheit“ (JF) ihren Redaktionssitz in Wilmersdorf. Die Zeitschrift gilt als ein Sprachrohr der „Neuen Rechten“. Sie veranstaltete 2024 bereits zum dritten Mal ein großangelegtes Sommerfest im Ortsteil. Das jährliche Fest ist ein zentrales Ereignis für die Vernetzung und Stärkung ultrakonservativer bis extrem rechter Akteur*innen in Deutschland und international. Diese Veranstaltung zieht Jahr für Jahr hunderte Gäste aus verschiedenen rechtsgerichteten bis extrem rechten Milieus an.

Die Vernetzung, Koordination und Strategieplanung dieser verschiedenen ultrakonservativen bis extrem rechten Akteur*innen stellt eine Gefahr für ein demokratisches Miteinander da. Die JF und das Sommerfest bieten dabei eine Plattform für den Austausch antidemokratischer und völkischer Ideologien, die eine Grundlage für gezielte Angriffe auf demokratische Strukturen und Institutionen darstellen. Eine wichtige Aufgabe der Zivilgesellschaft sollte daher sein, solche Veranstaltungen kritisch zu begleiten und öffentlich dagegen Stellung zu beziehen. Gerade Konservative, die selbstverständlich für demokratische Werte und die Bundesrepublik einstehen, sind hier gefordert, diese extrem rechten Anbiederungsversuche in ihre Schranken zu weisen.

Ideologische Schulung beim Thinktank der „Neuen Rechten“

Nachbarschaftliches Engagement gegen einen neurechten Treffpunkt zeigte sich in Charlottenburg: Als im November 2024 ein bekannter Publizist, der in der Vergangenheit rassistische und sozialdarwinistische Inhalte verbreitet hatte, in der Bibliothek des Konservatismus (BdK) auftrat, formierte sich vor dem Gebäude starker Gegenprotest.

Die BdK bietet seit 2012 rechten, völkisch-nationalistischen, antifeministischen und christlich-fundamentalistischen Strömungen eine Plattform. Trotz der Selbstbezeichnung als „konservativ“ weist sie teils eine **ideologische Nähe zu extrem rechten Positionen** auf. Neben einem Bestand an rechter bis extrem rechter Literatur finden dort regelmäßig einschlägige Vorträge statt. Im vergangenen Jahr dokumentierte das Register acht solcher Veranstaltungen.

Rassistische Positionen, die sich gegen Migration und vor allen gegen Muslime richten, spielen seit Jahren eine zentrale Rolle. Auch im Jahr 2024 enthielten vier der acht dokumentierten Veranstaltungen entsprechende Inhalte. Eine Veranstaltung im Herbst 2024 verdeutlichte nach Einschätzung des Registers diese Ausrichtung besonders. In den letzten Jahren war die BdK meist um eine intellektuelle Verpackung diskriminierender Inhalte bemüht, doch vereinzelt wurden diese im Jahr 2024 auch offen kommuniziert. Dabei

fielen mitunter rhetorische Strategien auf, bei denen extrem rechte Begriffe wie „Bevölkerungsaustausch“ zunächst angedeutet, dann explizit benannt und schließlich scheinbar zurückgewiesen wurden. Diese Technik ermöglicht es, extrem rechte Ideen zu transportieren, ohne sie direkt zu vertreten, und macht sie dadurch **für ein breiteres Publikum anschlussfähig**. Zudem gab es neben den dokumentierten Veranstaltungen zahlreiche weitere, deren Inhalte uneindeutig waren. Dies verdeutlicht die strategische Anpassung der „Neuen Rechten“, um (extrem) rechtes Gedankengut salonfähig zu machen. Gemäßigte Veranstaltungen dienen hier als Feigenblatt für explizit diskriminierende Inhalte.

Auffällig in 2024 war eine wiederkehrende Diffamierung einer vermeintlichen „Woke-Bewegung“, die in fast allen Vorträgen thematisiert wurde. So wurden in einer Veranstaltung z. B. progressive Ideen pauschal als destruktiv und kulturfeindlich dargestellt und behauptet, die „Woke-Bewegung“ instrumentalisiere „enthemmte Sexualität“ zur Zersetzung von „Familie und [...] Religion“. Der Begriff „woke“ dient der extremen Rechten als Kampfbegriff zur Diskreditierung politischer Gegner*innen. Solche Erzählungen machen rechte Akteur*innen zum Opfer einer angeblichen „Meinungsdiktatur“ und erklären linke Strömungen zur zentralen Bedrohung für die Gesellschaft. Der Protest im November zeigte, dass die Nachbarschaft gegen diese Inhalte und Strategien der BdK Stellung bezieht.

Die Gefahr der „Neuen Rechten“

Doch was genau verbirgt sich hinter der „Neuen Rechten“ und warum stellt sie eine Gefahr dar? Trotz ihres Namens ist sie **weder neu noch harmlos**. Sie ist eine ideologisch anschlussfähige Strömung der extremen Rechten, die sich durch strategische Neuausrichtung und intellektuelle Verpackung vom klassischen Neonazismus abgrenzt.

Ziel der „Neuen Rechten“ ist es, gesellschaftlichen Einfluss durch einen „Kampf um die Köpfe“ zu erlangen. Anstatt auf offenen Rassismus und Gewalt zu setzen, bedienen sich ihre Akteur*innen netzwerkartiger Strukturen, rhetorischer Anpassung und vermeintlich intellektueller Diskurse. Inhaltlich knüpfen sie an den antidemokratischen „revolutionären Konservatismus“ der Weimarer Republik an. Ihr zentrales Konzept, der sogenannte Ethnopluralismus, ersetzt den klassischen Rassismus durch die Idee, sich durch ethnische Zugehörigkeit auszeichnende Kulturen müssten räumlich voneinander getrennt werden.

Durch ihre gezielte strategische Anpassung gelingt es der „Neuen Rechten“, extrem rechte Ideologien in gesellschaftliche Debatten einzubringen und schrittweise demokratische Werte zu untergraben. Der Verzicht auf offen extrem rechtes Vokabular und die betont intellektuelle Ausdrucksweise verschleiern ihre antidemokratische Ausrichtung. Gerade **diese Tarnung macht sie besonders gefährlich**, da sie den Brückenschlag in bürgerliche Kreise sucht und so extrem rechte Positionen normalisieren will. Es handelt sich um eine extrem rechte Strömung, die moderner auftritt als die Neonazis, ihnen jedoch kaum nachsteht.

„Ich will mehr wissen!“

Das Register stellt auf Anfrage detaillierte Zahlen und Auswertungen zu einzelnen Motiven, Vorfällen, Ortsteilen oder extrem rechten Aktivitäten zur Verfügung. Zudem sind Kooperationsanfragen willkommen: Vorträge, Veranstaltungen, Kiezspaziergänge, Teilnahme an Festen und vieles mehr.

Zögert nicht, Kontakt zu uns aufzunehmen!

E-Mail:
cw@berliner-register.de

Telefon/Messenger:
01789185896

social media:
[@RegisterCW](https://www.instagram.com/RegisterCW)

Angriffschronik 2024

5. Januar: Im U-Bahnhof Sophie-Charlotte-Platz wurde gegen 21:00 Uhr ein Mann, der gerade in seinem Schlafsack schlief, von zwei Männern ins Gesicht geschlagen. Die Täter stahlen ihm zudem sein Handy.

Quelle: City Station der Berliner Stadtmission

16. Januar: In Charlottenburg-Wilmersdorf kam es in einer sozialen Einrichtung zu einem rassistischen Angriff gegenüber Mitarbeitenden der Einrichtung. Das Datum und Details des Vorfalls wurden zum Schutz der Betroffenen anonymisiert.

Quelle: Register CW

27. Januar: Im Bus der Linie X34 wurde gegen 15:45 Uhr ein 72-Jähriger, nachdem er an der Haltestelle Kaiser-Friedrich-Str./Kantstr. eingestiegen war, von einer Frau rassistisch und antisemitisch beleidigt. Die Täterin schlug dem Mann außerdem mit der Faust gegen den Kopf. An der Haltestelle Savignyplatz konnte der Betroffene schließlich flüchten. Er zeigte den Angriff bei der Polizei an.

Quelle: Tagesspiegel vom 29.01.2023, Polizeimeldung Nr. 0203 vom 28.01.2023

17. Februar: Am S-Bahnhof Zoologischer Garten wurde eine vermutlich obdachlose Person von einer Person, die er zuvor um Geld gefragt hatte, beleidigt und bespuckt.

Quelle: Meldeformular Berliner Register

25. März: An der Bushaltestelle „S Halensee“ wurde am Morgen ein Busfahrer von einem Fahrgast rassistisch beleidigt und geschlagen. Zuvor hatte die Frau ihn angeschrien, woraufhin der Fahrer sie aufforderte, den Bus zu verlassen, was diese nicht tat. Der Betroffene rief daraufhin die Polizei. Anschließend schlug die Frau ihn mit zwei Faustschlägen gegen die Unterarme und beleidigte ihn auf rassistische Weise. Dann verließ sie den Bus. Die Polizei ermittelt.

Quelle: Polizeimeldung 0619 vom 25.03.2024

9. April: In der Linie U7 Richtung Rudow kam es ab dem Bahnhof Richard-Wagner-Platz zu einem rassistischen Angriff. Ein Mann spuckte einer asiatischen Frau immer wie-

der vor die Füße. Zwei jungen Männern of Color spuckte er ebenfalls vor die Füße und machte dazu Affen-Gesten. Als die Frau aussteigen wollte, ging er extra um die Haltestange herum, um die Frau anzurempeln.

Quelle: Meldeformular Berliner Register

15. April: Im April kam es in Charlottenburg-Wilmersdorf laut den Daten des kriminalpolizeilichen Meldediensts in Fällen politisch motivierter Kriminalität zu einem rassistischen Angriff. Das Datum des Eintrags stimmt aufgrund mangelnder Informationen nicht mit dem Vorfallsdatum überein.

Quelle: Schriftliche Anfrage Abgeordnetenhaus vom 10.02.2025 (Drucksache 19 / 19496)

1. Mai: Im Mai kam es in Charlottenburg-Wilmersdorf laut den Daten des kriminalpolizeilichen Meldediensts in Fällen politisch motivierter Kriminalität zu einem rassistischen Angriff.

Quelle: Schriftliche Anfrage Abgeordnetenhaus vom 02.09.2024 (Drucksache 19/20166)

1. Mai: Im Mai kam es in Charlottenburg-Wilmersdorf laut den Daten des kriminalpolizeilichen Meldediensts in Fällen politisch motivierter Kriminalität zu einem weiteren rassistischen Angriff.

Quelle: Schriftliche Anfrage Abgeordnetenhaus vom 10.02.2025 (Drucksache 19/21 617)

4. Mai: Auf einer antisemitischen Demonstration am Kurfürstendamm wurde eine Gegendemonstrantin, die ein Schild mit den Worten „Believe Israeli women“ hochhielt, mit voller Kraft angerempelt, vermutlich um ihr das Schild zu entreißen. Eine Passantin und die Polizei kümmerten sich anschließend um sie. Der Angriff kann als antisemitisch eingeordnet werden, da er gezielt auf eine einzelne Person abzielte, die öffentlich Solidarität mit israelischen und jüdischen Frauen zeigte, die während des antisemitischen Massakers der Hamas oder in Folge dessen vergewaltigt wurden.

Quelle: Register CW via X, Jüdische Allgemeine vom 07.05.2024

6. Mai: Ein Mann wurde in Charlottenburg-Wilmersdorf auf dem Wohnungsmarkt im bestehenden Wohnverhältnis



strukturell diskriminiert. Es handelte sich um eine Diskriminierung anhand der sexuellen Identität. Zusätzlich kam es zu körperlicher Gewalt.

Quelle: *Fair mieten – Fair wohnen*

4. Juni: Im U-Bahnhof Zoologischer Garten in Charlottenburg wurden gegen 14:30 Uhr zwei Mitarbeiterinnen des Sicherheitsdienstes der BVG von einem 56-jährigen Mann rassistisch beschimpft und mit einer Glasflasche beworfen.

Quelle: *Polizeimeldung Nr. 1182 vom 05.06.2024*

1. Juli: Im Juli kam es in Charlottenburg-Wilmersdorf laut den Daten des kriminalpolizeilichen Meldediensts in Fällen politisch motivierter Kriminalität zu einem rassistischen Angriff.

Quelle: *Schriftliche Anfrage Abgeordnetenhaus vom 10.02.2025 (Drucksache 19/21 617)*

1. August: Im August kam es in Charlottenburg-Wilmersdorf laut den Daten des kriminalpolizeilichen Meldediensts in Fällen politisch motivierter Kriminalität zu einem antisemitischen Angriff.

Quelle: *Schriftliche Anfrage Abgeordnetenhaus vom 10.02.2025 (Drucksache 19/21 617)*

1. August: In einer Schule in Charlottenburg-Wilmersdorf wurde ein Schwarzer Schüler von einer Lehrkraft geschlagen und von der Schulleitung kriminalisiert. Das Datum entspricht nicht dem Vorfalstag. Weitere Informationen werden zum Schutz der Beteiligten nicht veröffentlicht.

Quelle: *Each One Monitoring*

14. August: Am Ausgang des S-Bahnhofs Jungfernheide wurde in der Nacht gegen 2:30 Uhr eine auf dem Boden schlafende Frau von einem 36-jährigen Mann zweimal mit dem Fuß gegen den Kopf getreten. Im Anschluss übergoss der Mann die 40-Jährige mit dem Inhalt seiner Bierflasche. Die Polizei wurde alarmiert und nahm den stark alkoholisierten Täter fest.

Quelle: *Polizeimeldung Nr. 1682 vom 15.08.2024, BAGW*

17. August: Am S-Bahnhof Westkreuz wurde am Nachmittag eine Frau von einem Mann angegriffen und beleidigt. Er nannte die Betroffene mehrfach „Fotze“, versuchte sie in Richtung der Gleise zu schubsen und zu schlagen. Dabei schrie er mehrfach laut „Heil Hitler!“. Mehrere Passant*innen beobachteten die Situation, griffen jedoch nicht ein. Die Betroffene fragte bei einem Backshop um Hilfe, schließlich traf die Polizei ein und nahm eine Anzeige auf.

Quelle: *Meldeformular Berliner Register*

29. August: In Charlottenburg-Nord wurde ein 57-jähriger Mann Opfer eines homofeindlichen Angriffs. Die Täter lockten ihn über eine Datingplattform zum U-Bahnhof Jungfernheide. Dort sprach ihn einer der Männer an und

führte den Betroffenen zu einem dunklen Weg am Landwehrkanal, wo drei weitere Männer warteten. Gemeinsam brachten sie das Opfer zu Boden schlugen und traten auf ihn ein, raubten ihn aus und würgten ihn. Anschließend warfen sie ihn in den Landwehrkanal, aus dem er sich nur noch mit letzter Kraft retten konnte.

Quelle: *Polizeimeldung Nr. 1805 vom 03.09.2024*

1. September: Im September kam es in Charlottenburg-Wilmersdorf laut den Daten des kriminalpolizeilichen Meldediensts in Fällen politisch motivierter Kriminalität zu einem rassistischen Angriff.

Quelle: *Schriftliche Anfrage Abgeordnetenhaus vom 10.02.2025 (Drucksache 19/21 617)*

7. September: Ein 29-jähriger Mann wurde gegen 12.00 Uhr in der Ringbahn S41 zwischen den Stationen Bundesplatz und Heidelberger Platz von einem unbekanntem Mann aufgrund von anti-Schwarzem Rassismus beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Der Mann erstattete Anzeige bei der Polizei.

Quelle: *ReachOut*

30. September: Zwei Frauen wurden gegen 12.30 Uhr in der Wilmersdorfer Straße von einer unbekanntem Frau rassistisch beleidigt: Eine 50-jährige Frau wurde geschlagen und verletzt. Ihre 47-jährige Begleitung wurde bespuckt und am Mund getroffen. Beide erstatteten Anzeige.

Quelle: *ReachOut*

8. Oktober: In einem Laden für Bastelbedarf in Charlottenburg wurde eine Frau mit Kind auf dem Arm von einer Mitarbeiterin geschubst und anschließend wurden sie und ihr Mann rassistisch beleidigt, nachdem ihr Mann die Mitarbeiterin zur Rede stellte.

Quelle: *Meldeformular Berliner Register*

19. Oktober: Im Rahmen einer israelfeindlichen Demonstration in Charlottenburg kam es zu Flaschen- und Steinwürfen auf Gegendemonstrant*innen.

Quelle: *Polizeimeldung Nr. 2128 vom 20.10.2024*

19. Oktober: Im Rahmen einer israelfeindlichen Demonstration in Charlottenburg kam es zu einem antisemitischen Angriff auf einen Journalisten. Zunächst beleidigte ein junger Mann den filmenden Journalisten mit den Worten „Verflucht sei deine Ehre, geh weg von hier! Du Israeli! Du Spion! Spuck auf euch!“. Anschließend spuckte er ihn an und schlug mit seiner Kufiya nach ihm.

Quelle: *Register CW via X*

29. November: Er ereignete sich ein antisemitischer Angriff. Zum Schutz der Betroffenen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.

Quelle: *RIAS Berlin*

Unsere Anlaufstellen

Du kannst diskriminierende Vorfälle und extrem rechte Aktivitäten auch direkt in einer Anlaufstelle an das Register Charlottenburg-Wilmersdorf melden.

Amaro Foro

Anlaufstelle für Romnja*Roma und Dokumentationstelle Antiziganismus (DOSTA)
Kaiser-Friedrich-Straße 19
10585 Berlin-Charlottenburg
Website: www.amaroforo.de

ASTa der Technischen Universität Berlin

TK-Gebäude
Straße des 17. Juni 135
10623 Berlin-Charlottenburg
Website: asta.tu-berlin.de

BENN Mierendorffinsel

Quedlingburger Straße 6
10589 Berlin-Charlottenburg
Website: benn-mierendorff.de

BENN Wilmersdorf

Blissestraße 70
10713 Berlin
Website: benn-wilmersdorf.de

Bezirksgeschäftstelle Die Linke

Behaimstraße 17
10585 Berlin-Charlottenburg
Website: www.dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de/politik/start

City-Station

Joachim-Friedrich-Straße 46
10711 Berlin-Halensee
Website: berliner-stadtmission.de/city-station

Demokratiebüro Charlottenburg-Wilmersdorf

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, Integrationsbüro, Raum 235
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin-Charlottenburg
Website: demokratie.charlottenburg-wilmersdorf.de

Fraktionsbüro Die Linke

Rathaus Charlottenburg
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin-Charlottenburg
Website: linksfraktion-charlottenburg-wilmersdorf.de

Fraktionsbüro Bündnis 90/Die Grünen

Rathaus Charlottenburg
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin
Website: gruene-fraktion-cw.de

GePGeMi e.V. - Gesellschaft für Psychosoziale Gesundheitsförderung von (süd-)ostasiatischen Migrant*innen

Beratungsbüro im Pangea Haus 2. Stock
Trautenaustraße 5
10717 Berlin-Wilmersdorf
Website: gemi-berlin.de

Haus der Nachbarschaft

Straße am Schoelerpark 37
10715 Berlin-Wilmersdorf
Website: nachbarschaft-ev.de

Interkultureller Mädchen- und Frauentreff Naya

Spandauer Damm 65
14059 Berlin-Charlottenburg
Website: lisa-berlin.de

Interkulturelles Stadtteilzentrum Divan

Nehringstraße 8
14059 Berlin-Charlottenburg
Website: www.nachbarschaftszentrum-divan.de

Jugendclub Schloss19

Schloßstraße 19
14059 Berlin-Charlottenburg
Website: schloss19.de

Jugend- und Kulturzentrum Spirale

Westfälische Straße 16a
10709 Berlin-Wilmersdorf
Website: nusz.de/kinder-jugend/spirale

Kiez Büro Klausenerplatz

Kiezbündnis Klausenerplatz e.V.
Seelingstraße 14
14059 Berlin-Charlottenburg
Website: klausenerplatz.de

Kreisbüro SPD

Rathaus Charlottenburg, Zimmer 125a
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin-Charlottenburg
Website: spd-charlottenburg-wilmersdorf.de

Kreisverband Bündnis 90/ Die Grünen
Uhlandstraße 79
10717 Berlin-Wilmersdorf
Website: gruene-cw.de

Stadtteilzentrum Charlottenburg-Nord
Halemweg 18
13627 Berlin-Charlottenburg-Nord
Website: stz-charlottenburg-nord.de

Wahlkreisbüro Franziska Becker, MdB
Fechnerstraße 6a
10717 Berlin-Wilmersdorf
Website: franziska-becker.berlin

Wahlkreisbüro Lisa Paus, MdB
Uhlandstraße 79
10717 Berlin-Wilmersdorf
Website: lisa-paus.de

Wahlkreisbüro Petra Vandrey und Christoph Wapler, MdB
Windscheidstraße 16
10627 Berlin-Charlottenburg
Website: gruene-cw.de

OUTREACH Mobile Jugendarbeit Berlin
Team Charlottenburg-Wilmersdorf
Sophie-Charlotten-Straße 30a
14059 Berlin
Website: outreach.berlin/team-charlottenburg

Zentrum am Zoo
Hardenbergplatz 13
10623 Berlin-Charlottenburg
Website: berliner-stadtmission.de/zentrum-am-zoo



Meldemöglichkeiten



01789185896 (auch signal & telegram)



cw@berliner-register.de



@RegisterCW

